

# Der Kampf der Berliner SPD-Basis im ersten Kriegsjahr gegen die Kriegskreditbewilligung

Ottokar Luban

Am 4. August 2014 jährt sich zum 100. Male die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Fraktion im Reichstag, für die Historikerin Susanne Miller „ein Markstein in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, an dem sich bis heute die Geister auch der Historiker scheiden“.<sup>1</sup> Diese Abstimmung leitete die Abkehr von einer klassenkämpferischen Fundamentalopposition zur reformistischen Arbeiterpartei ein, im Ersten Weltkrieg geprägt von der Zusammenarbeit mit der kaiserlichen Regierung, die sogenannte Burgfriedenspolitik. Mit ihrer einmütigen Zustimmung zu den Kriegskrediten im Parlament befand sich die SPD-Fraktion – nach Miller – „im Einklang [...] mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes“ und „mit der ihrer übrigen Parteimitglieder“. Das „starke pazifistische Potential, das in den sozialdemokratischen Massen steckte und sich in den Antikriegsdemonstrationen zwischen dem 26. und 30. Juli manifestiert hatte“, schlug mit der Verhängung des Kriegszustandes am 31. Juli „in einen patriotischen Verteidigungsenthusiasmus“ um.<sup>2</sup>

Dagegen kommt der Historiker Wolfgang Kruse in einer umfassenden, detail- und materialreichen Studie zu ganz anderen Ergebnissen. Aus seiner eingehenden Analyse des Verhaltens der Parteibasis zieht er die Schlussfolgerung, dass das bei sozialdemokratischen Mitgliedern und Anhängern vorhandene Protestpotenzial gegen den Krieg in den allerletzten Julitagen 1914 wesentlich größer war, als in den Standardwerken der alten Bundesrepublik dargestellt.<sup>3</sup> Auch in der Zeit von der Erklärung des Kriegszustandes am 31. Juli, der Verhängung des Belagerungszustandes am 1. August bis zu den Kriegserklärungen in den ersten Augusttagen und der Reichstagsabstimmung am 4. August wie auch in den Fol-

---

1 Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S.31.

2 Ebenda, S.68. Die weiteren Hauptmotive können hier nur kurz erwähnt werden: Vermeidung der drohenden staatlichen Unterdrückung, Hoffnung auf politische und gesellschaftliche Akzeptanz und Integration mit entsprechenden Gesetzesänderungen nach dem Krieg.

3 Siehe Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1994, S.30-41.

gemonaten kann Kruse in der deutschen Arbeiterschaft keine *allgemeine* große Kriegsbegeisterung feststellen, wie sie von vielen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten als wichtige Begründung für ihre Kriegskreditbewilligung angeführt worden ist. Kruse betont stattdessen die – trotz „Schwäche des zugrunde liegenden Quellenmaterials“ – „deutlichen Hinweise darauf, daß die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft [...] dem Krieg weiterhin eher distanziert bis ablehnend als zustimmend oder gar begeistert gegenüberstand“.<sup>4</sup> Zwar konstatiert er für die erste Kriegszeit „auch in Teilen der Arbeiterschaft unbestreitbar Formen nationalistischer Kriegsbegeisterung, doch hatten diese nicht nur enge quantitative und qualitative Grenzen, sondern sie basierten auch in hohem Maße auf der positiven Stellung zum Krieg, die die führenden Gremien der SPD und viele ihrer Presseorgane bezogen.“<sup>5</sup> Diese von Susanne Miller und Wolfgang Kruse repräsentierten gegensätzlichen Positionen – vor allem in Bezug auf die Stimmung und Aktionen auf den Ebenen unterhalb der SPD-Führungsgremien – sollen im Folgenden mit dem Schwerpunkt Berlin untersucht werden.

### *Erste Sammlungsversuche der Kriegskreditgegner*

Schon aus formal-rechtlichen Gründen war eine weitere sozialdemokratische Versammlungs- und Pressekampagne gegen den Krieg ab dem 31. Juli (Verhängung des Kriegszustandes) und erst recht seit dem am 1. August in Kraft getretenen Belagerungszustand, der die Pressezensur und die Einschränkung der Versammlungstätigkeit einschloss, nicht mehr möglich. Gleichzeitig erfasste die Arbeiterschaft einschließlich der Mitglieder und Funktionäre der SPD nach Kriegsausbruch angesichts der schweren psychischen Belastung, des drohenden Verlustes von Familienangehörigen an der Front und der Ungewissheit über die wirtschaftliche Entwicklung häufig eine tiefe fatalistische Lähmung. „Das Parteileben, das früher in Berlin im Vordergrund stand, ist fast ganz erloschen. Die Sozialdemokratie ist nicht mehr aktionsfähig, da fast die Hälfte ihrer Funktionäre zur Fahne eingezogen ist und die hiergebliebenen wenig Interesse zeigen.“ So die nüchterne Feststellung der Politischen Polizei am 26. August 1914.<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> Siehe ebenda, S.54-61, Zitate: S.55, 60.

<sup>5</sup> Ebenda, S.57.

<sup>6</sup> Dokumente aus geheimen Archiven. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin, bearb. von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarb. von Bärbel Holtz, Weimar 1987, S.4.

Die Haltung ihrer Abgeordneten kannten die meisten Sozialdemokraten wochenlang nur durch die für viele unerwartete Information über die geschlossene Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten im Reichstag und die Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Hugo Haase im Plenum mit dem patriotischen Satz: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht in Stich.“<sup>7</sup> Dass sich 14 SPD-Abgeordnete fraktionsintern gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen und sich bei der Abstimmung im Plenum nur der Fraktionsdisziplin gebeugt hatten, blieb der großen Masse der Parteimitglieder zunächst unbekannt.

Ein kleiner Teil der Linken fühlte sich trotz des Schocks des letztendlich unerwarteten Kriegsausbruchs und der überraschenden Kriegskreditbewilligung durch die SPD-Reichstagsfraktion an die Resolution der Sozialistischen Internationale von 1907 gebunden, die auf den Kongressen von 1910 und 1912 bestätigt worden war. Diese verpflichtete die sozialdemokratischen Parteien im Falle des Ausbruchs eines Krieges, „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.<sup>8</sup>

Zur Sammlung der Kräfte des linken Flügels der Partei raffte sich sehr schnell der in Berlin ansässige engere Kreis um Rosa Luxemburg und Franz Mehring auf. Er kam sofort nach der Bewilligung der Kriegskredite am Abend des 4. August zusammen und ließ nach einer emotional geladenen Debatte am folgenden Tag an bekannte Linke in Berlin und im ganzen Reiche 300 Telegramme mit der Bitte um Zustimmung zu einem gemeinsamen Protest gegen die Kriegskreditbewilligung hinaus schicken. Doch als Ergebnis musste die Luxemburg-Gruppe eine vollständige Paralyse des linken Flügels feststellen. Denn von den angesprochenen Genossinnen und Genossen traf keine einzige Zusage ein. Auch Karl Liebknecht und sogar Clara Zetkin lehnten zu diesem Zeitpunkt eine Unterstützung ab.<sup>9</sup> Trotz dieses ersten Rückschlages versuchte der Kreis

---

7 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914-1945, Bd. 1: Juli 1914-Oktober 1917, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 2. durchges. Aufl., Berlin [Ost] 1958, S.22f., Zitat: S.23.

8 Ebenda, S.3.

9 Siehe Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie, Berlin 2007, S.239; Dies.: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, S.467, mit der irrtümlichen Angabe über Zetkins Zustimmung nach: Hugo Eberlein [Erinnerungsbericht] in: Karl und Rosa. Erinnerungen. Zum 100. Geburtstag von Karl

um Rosa Luxemburg weiterhin mit potenziellen Gegnern der Kriegskreditbewilligung in Berlin und im Reiche in direkten Kontakt zu kommen. Nachdem nach den intensiven Truppentransporten bei und nach Kriegsausbruch Anfang September der Eisenbahnverkehr wieder für die zivilen Nutzer möglich geworden war, trafen sich noch im September Rosa Luxemburg und der sich ihrer Gruppe anschließende Karl Liebknecht in Süd- und Westdeutschland mit verschiedenen Gegnern der Kriegskreditbewilligung aus Stuttgart, Frankfurt am Main, Duisburg, Düsseldorf und Hanau.<sup>10</sup> Doch aus Zeit- und Geldmangel musste diese politische Reisetätigkeit nach einiger Zeit aufgegeben werden, wobei die Bemühungen um Kontaktaufnahme zu den Linken im Reiche weiterliefen.<sup>11</sup> Ein informelles Treffen der Rosa-Luxemburg-Gruppierung mit linken Parteiaussschussvertretern und Redakteuren der Parteizeitungen am Vorabend der vom Parteivorstand zum 27. und 28. September nach Berlin einberufenen Konferenzen brachte ebenfalls keine Zustimmung zu Protestmaßnahmen gegen die Kriegskreditbewilligung.<sup>12</sup>

Nunmehr verstärkte der Kreis um Luxemburg und Liebknecht seine agitatorischen Bemühungen zur Sammlung der Kriegskreditgegner in der Groß-Berliner Parteiorganisation. Ende August war Liebknechts Antrag auf Protestversammlungen gegen Annexionen noch abgelehnt worden.<sup>13</sup> Doch Ende September war das Drängen aus der Parteiorganisation Berlins auf Mitgliederversammlungen offensichtlich so stark geworden, dass Parteiveranstaltungen für den Oktober in Aussicht genommen wurden. Nunmehr versuchte der Berliner Zentralvorstandsvorsitzende Eugen Ernst auf einer Versammlung am 25. September die Referenten für die anstehenden Parteiversammlungen auf einen Burgfriedenskurs einzuschwören und plädierte dafür, die Referate sollten keine polemischen Diskussionen provozieren. Dagegen setzten sich Luxemburg und Liebknecht auf diesem Tref-

---

Liebknecht und Rosa Luxemburg, Berlin [Ost] 1971, S.57. Aus dem Brief Zetkins an Luxemburg vom 5.8.1914 geht eindeutig ihre Ablehnung hervor, abgedruckt in: Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des ersten [sic!] Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie, Berlin [Ost] 1957, S.97f.

10 Siehe Laschitzka, Lebensrausch, S.470.

11 Brief Luxemburgs an Paul Levi vom 17.11.1914, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Leitung der Redaktion: Annelies Laschitzka, Günter Radczun (im Folgenden: GB 5), 2. Aufl., Berlin [Ost] 1987, S.458.

12 Siehe Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I: August 1904 bis Januar 1919, Berlin [Ost] 1959, S.239f.

13 Siehe Laschitzka, Die Liebknechts, S.241.

fen vehement dafür ein, den Krieg konsequent vom Standpunkt des Klassenkampfes aus zu behandeln, und kritisierten die Kriegskreditbewilligung. Dabei wurden sie vom Berliner Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour und dem „Vorwärts“-Redakteur Heinrich Ströbel unterstützt.<sup>14</sup> Ledebour war es auch, der auf einer Parteiversammlung in Berlin Anfang Oktober 1914 aktuelle Probleme wie den Mietwucher zu radikalen Polemiken gegen die Regierung nutzte.<sup>15</sup> Die SPD müsse Forderungen an die Regierung stellen und Zusagen verlangen. Die Politische Polizei vermerkte, dass Ledebour großen Beifall für seine Ausführungen erhalten habe und dass insgesamt „die ganze Versammlung einen äußerst scharfen sozialdemokratischen Charakter trug“.<sup>16</sup> Als auf einer anderen Berliner Mitgliederversammlung Anfang Oktober der zu den Befürwortern der Kriegskreditbewilligung zählende Reichstagsabgeordnete Richard Fischer als Referent Zugeständnisse der Regierung nach dem Krieg als zwangsläufig darstellte, „brach ein großer Lärm aus, wobei gerufen wurde, Fischer hat keine Ahnung, wir werden später noch mehr geknechtet und rechtlos gemacht, als es bis jetzt geschehen ist, wir wollen nichts mehr hören“.<sup>17</sup> Während die Politische Polizei von weiteren Mitgliederversammlungen Ende Oktober keine besonderen Aktionen der Gegner der Kriegskreditbewilligung meldete, kam es Mitte November auf einer Reihe von Parteiveranstaltungen zu heftiger Kritik am revisionistischen Kurs der Parteiführung und zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten.<sup>18</sup> Die meisten dieser und späterer Versammlungen bestätigten die Einschätzung, die Eduard David, Verfechter eines nationalistischen Standpunktes und geschickter Organisator des rechten Lagers in der Reichstagsfraktion, schon Ende September von seinen in der Berliner Parteiorganisation verwurzelten Kollegen zugetragen worden war: Die Anhänger von Ledebour, Liebknecht und Luxemburg „sollen bereits die Mehrheit der Berliner Vertrauensleute hinter sich haben“.<sup>19</sup>

---

14 Siehe Dies., *Im Lebensrausch*, S.472f.; *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918*, in *Verbindung mit Erich Matthias* bearb. von Susanne Miller, Düsseldorf 1966, S.42f.

15 Siehe 11. Stimmungsbericht vom 12.10.1914, in: *Dokumente aus geheimen Archiven*, S.19.

16 Polizeibericht vom 7.10.1914, Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15807, Bl. 71-74 Rück., Zitat: Bl. 74 Rück.

17 Polizeibericht vom 7.10.1914, in: *Dokumente aus geheimen Archiven*, S.17.

18 Siehe Stimmungsberichte vom 26.10. und 23.11.1914, in: ebenda, S.21, 26.

19 *Kriegstagebuch Eduard David*, S.43.

Zeigte sich zumindest unter den aktiven Mitgliedern der Berliner Sozialdemokratie ab Ende September offensive Kritik am Kurs der Reichstagsfraktion und Parteiführung, so machten sich in der Arbeiterbevölkerung im Verlaufe der ersten Kriegsmonate deutliche Anzeichen einer breiten patriotischen Gesinnung bemerkbar, z. B. anhand der starken Beflagung in den proletarischen Wohnquartieren, wie die Politische Polizei mehrfach mit großer Befriedigung konstatierte. „Kriminalbeamte, die dienstlich viel in Arbeiterkreisen zu tun haben, wollen es kaum glauben, daß es dieselben Leute sind, die noch vor kurzem in Protestversammlungen die Internationale hochleben ließen und jetzt patriotisch überschäumen.“<sup>20</sup> Dass diese Polizeiaussagen nicht der ansonsten häufig in den Stimmungsberichten anzutreffenden Schönfärberei entsprangen, zeigte sich auf einer Kreis-konferenz Anfang September, als der Vorstand des 6. Berliner Wahlkreises „vor einem Beflaggen der Arbeiterviertel“ warnte, denn „im Westend flagge man auch nicht“.<sup>21</sup> Auf anderen Parteiveranstaltungen wurde sogar von einer zu bekämpfenden „Fahnenseuche“ gesprochen.<sup>22</sup>

Wolfgang Kruse macht vornehmlich die sozialdemokratische Parteiführung und die Reichstagsfraktion verantwortlich, mit ihrer Politik und der entsprechenden Agitation „die Voraussetzungen dafür geschaffen [zu haben], daß der Krieg in weiten Teilen der Arbeiterschaft akzeptiert werden konnte“.<sup>23</sup> Die Orientierung an der Parteiführung und dem von ihr vorgegebenen politischen Kurs war im wilhelminischen Staat mit seiner Autoritätsgläubigkeit für die sozialdemokratische Mitgliedschaft zweifellos ein starkes Moment für die Meinungsbildung. Vor allem war die gesamte Medienlandschaft von einer patriotischen Begeisterung beherrscht. Kritik an der Regierung, insbesondere im antimilitaristischen Sinne, war in der Presse – auch für SPD-Zeitungen mit linken Redakteuren – unter den Zensurbedingungen des Belagerungszustandes unmöglich. Dagegen hatten Parteizeitungen, die wie die bürgerliche Presse eine nationalistische bis chauvinistische Propaganda betrieben,<sup>24</sup> keinerlei Schwierigkeiten mit der Zensur. Von der Parteiführung wurden nationalistische Übertreibungen zwar gerügt, dennoch trat sie „nachdrücklich dafür ein, in der Partei-

---

20 Stimmungsberichte vom 29.8., 5.9., 26.10., 19.12.1914, in: Dokumente aus geheimen Archiven, S.5, 20, 34, Zitat: S.7 (5.9.1914).

21 Polizeibericht vom 9.9.1914, LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15807, Bl. 4 Rück.

22 Stimmungsbericht vom 10.9.1914, in: Dokumente aus geheimen Archiven, S.9.

23 Kruse, Krieg, S.60.

24 Siehe Miller, Burgfrieden, S.75.

presse den ‚Willen zum Sieg‘ zum Ausdruck zu bringen“.<sup>25</sup> So beschwor z. B. der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Philipp Scheidemann in seinem Wahlkreisaufruf zu Neujahr 1915 den „unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum Siege!“<sup>26</sup>

### *Innerparteiliche Agitation gegen die Kriegskreditbewilligung*

Da den Gegnern der Kriegskreditbewilligung eine Kritik an der Parteiführung und der Reichstagsfraktion in den SPD-Zeitungen wegen der Zensur verwehrt war, konzentrierten sie sich auf eine intensive innerparteiliche Agitation auf den Mitgliederversammlungen. Wichtig waren als Meinungsmultiplikatoren die in der Bildungsarbeit tätigen Referentinnen und Referenten. Schon am 25. September hatten sich Luxemburg, Liebknecht, Ledebour und Ströbel auf dem bereits erwähnten Berliner Referententreffen für eine grundsätzlich klassenkämpferische und kritische Behandlung des Krieges eingesetzt.<sup>27</sup> Unter beträchtlichem Zuspruch aus der Mitgliedschaft – 80 Männer und 120 Frauen – kam es am 17. November offenbar auf Drängen der Berliner Linken zu einer Zusammenkunft der Referenten und Leiterinnen der Frauenleseabende mit der Referentin Käte Duncker<sup>28</sup> zum Thema „Die Ursachen des heutigen Krieges“. Die Politische Polizei maß den Frauenleseabenden der SPD eine beträchtliche Bedeutung bei und beobachtete diese intensiv bereits vor 1914 und besonders in der Kriegszeit.<sup>29</sup> Käte Duncker, die zum Kreis um Rosa Luxemburg gehörte und 1916 die Spartakusgruppe leitete, war eine viel gefragte Referentin auf diversen Parteiveranstaltungen, vor allem der sozialdemokratischen Frauen und Jugendlichen.<sup>30</sup> Sie argumentierte auf der internen Parteiveranstaltung im November 1914 gegen die nationalistischen Argumente zweier Gewerkschaftsvertreter, die auf heftigen Widerspruch bei der Mehrheit der Teilnehmer/innen stießen und zu einer turbulenten Diskussion führten. In einem offensichtlich integrierend wirkenden Schlusswort gelang es Käte Duncker, die Zuhörer/innen mit einem grundsätzlich marxistischen Standpunkt zu vereinen. Die Grundlage bildeten die

---

25 Kruse, Krieg, S.95.

26 Zit. nach: ebenda.

27 Siehe Anm. 14.

28 Käte Duncker (1871-1953), Lehrerin, wegen ihres Engagements für die SPD entlassen, bis 1908 in Stuttgart Redakteurin der Frauenzeitschrift „Gleichheit“.

29 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15850/1, Nr. 15851, 15852, 15853.

30 Siehe Ruth Kirsch: Käte Duncker. Aus ihrem Leben, Berlin [Ost] 1982, S.129-131.

von ihr vorgelegten, für die Frauenleseabende als Richtschnur gedachten Leitsätze „Die wirtschaftlichen Ursachen des Weltkrieges“.<sup>31</sup> In diesen Leitsätzen waren Aussagen enthalten, die im krassen Gegensatz zu allen Begründungen für die Politik der Kriegskreditbewilligung standen: „Das deutsche klassenbewußte Proletariat bekämpft den Kapitalismus als Todesfeind der sozialistischen Befreiung der Arbeiterschaft, es kann daher in der Förderung des deutschen Imperialismus keine Förderung der proletarischen Klasseninteressen sehen [ ... ] So fordern die Lebensinteressen des Proletariats den unermüdlichen Kampf gegen den Imperialismus.“<sup>32</sup> Dieser Text wurde zwar nicht förmlich zur Abstimmung vorgelegt, enthielt aber die radikalsten Formulierungen, die in den ersten Kriegsmonaten an Mitglieder verteilt wurden.

In der Folgezeit wechselte die Stimmung sowohl in der allgemeinen Bevölkerung wie in der Arbeiterschaft und an der Berliner Parteibasis. Berichtete die Politische Polizei noch am 11. Dezember 1914, dass in „den breiteren Volksschichten [...] eine baldige Beendigung des Krieges [...] herbeigesehnt wird“, so stellte der Stimmungsbericht vom 19. Dezember fest, dass „der bedeutende Erfolg im Osten einen so begeisterten Jubel erweckt, wie ihn Berlin bisher nur in den Tagen der ersten großen Siege dieses Krieges erlebt hat“. Vermerkte der Stimmungsbericht vom 30. Januar 1915 einen reichen Fahnschmuck zum Kaisergeburtstag selbst „in den Arbeitervierteln“, so konstatierte der Berliner Polizeipräsident am 6. Februar 1915: „Die fortgesetzte Hetze von Liebknecht & Genossen droht jedoch trotz aller parteioffiziellen Abschüttelung dieser Volksverführer, den tätigen Teil der Berliner Sozialdemokratie allmählich der nationalen Sache abspenstig zu machen.“<sup>33</sup>

Zunächst gingen die antimilitaristischen Aktivitäten von prominenten linken Sozialdemokraten aus. Doch bald kam es zu einer Reihe von Initiativen von der Parteibasis aus. Paul Schwenk, Otto Gäbel und Martha Arendsee, Funktionäre des zur Groß-Berliner Parteiorganisation gehö-

---

31 Polizeibericht vom 19.11.1914 über die Versammlung, LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15808, Bl. 121-124 RückS.

32 Leitsätze in: ebenda, Bl. 128f., sowie abgedruckt in: Heinz Deutschland (Hrsg.): „Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten“. Briefwechsel zwischen Käthe und Hermann Duncker 1915 bis 1917, Bonn 2005, S.165f., nach dem Erstabdruck in: Heinz Wohlgemuth: Burgkrieg, nicht Burgfriede! Der Kampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und ihrer Anhänger um die Rettung der deutschen Nation in den Jahren 1914-1916, Berlin [Ost] 1963, S.228f.

33 Dokumente aus geheimen Archiven, S.32, 34, 40, 41.

renden Kreises Niederbarnim, hatten für ihren Bildungsausschuss schon längere Zeit vor dem Krieg allgemeine politische Materialien an SPD-Mitglieder in Berlin und im Reich versandt. Nach der Kriegskreditbewilligung diskutierten sie untereinander, ob sie nicht linke Stellungnahmen zu der Burgfriedenspolitik der Parteiführung und der Reichstagsfraktion verschicken könnten, hatten aber keinen Zugang zu entsprechenden Schriften und fühlten sich auch selbst nicht in der Lage, entsprechende Artikel zu verfassen. Als sie das in der Parteibildungsarbeit tätige Ehepaar Käte und Hermann Duncker daraufhin ansprachen, vermittelte dieses ein Gespräch mit dem Literatur- und Parteihistoriker Franz Mehring, der versprach, entsprechende Texte zu schreiben. Seit Ende 1914 sorgten die Niederbarnimer Funktionäre zusammen mit dem Jugendgenossen Georg Kaßler, der einen Hektografierapparat besaß, für eine Vervielfältigung der Texte und den Versand an mehrere hundert Adressaten. Nach Einberufung der Hauptakteure Mitte 1915 zum Heer wurden die Adressenlisten an Hugo Eberlein von der Gruppe um Rosa Luxemburg übergeben, der für eine weitere Verschickung, wenn auch in unregelmäßigen Abständen, sorgte. Diese Niederbarnimer Gruppe hatte auch Kontakt zu Rosa Luxemburg und zu einem Oppositionskreis in Berlin um den linken Reichstagsabgeordneten Joseph Herzfeld.<sup>34</sup>

Hugo Eberlein, als Vorsitzender des Ortsvereins von Berlin-Mariendorf ein Mann der Basis, gehörte zum Kreis von linken Berliner Funktionären um Fritz Ohlhoff und Ernst Meyer, die seit Februar 1915 als Hauptorganisatoren Verabredungen für das Auftreten auf Parteiversammlungen mit von ihnen vorbereiteten Resolutionen trafen. Vertrauenswürdige fähige Genossen sollten Resolutionen gegen die Lebensmittelerhöhung und für Friedensinitiativen einbringen und argumentativ vertreten. Ein Entwurf sollte vorher auf einem Treffen besprochen werden.<sup>35</sup> Aus diesen Kontakten scheinen sich die regelmäßigen Treffen der Berliner Opposition beim Reichstagsabgeordneten Joseph Herzfeld entwickelt zu haben, an denen sowohl die Herausgeber des Niederbarnimer Referentenmaterials, soweit sie noch nicht eingezogen worden waren, wie auch die Mitglieder des Ohlhoff-Kreises seit dem Frühjahr 1915 teilnahmen. Dieser informelle Zirkel von Parteilinken sorgte – zeitweilig beeinträchtigt durch Verhaftungen ihrer Hauptorganisatoren – dafür, dass sowohl auf Berliner wie auf Reichsebe-

---

34 Siehe Paul Schwenk: Lenin, Mehring und das Niederbarnimer Referentenmaterial, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Nr. 1, S.158-163; Bundesarchiv (BArch), NY 4017, Nr. 11 (Martha Arendsee), Bl. 69f.

35 BArch, NY 4092/4 (Nachlass F. Ohlhoff), Bl. 2-17.

ne eine gewisse Koordination der von den Gegnern der Kriegskreditbewilligung initiierten Aktivitäten zustande kam und dass das bestehende Informationssystem aufrechterhalten und noch ausgebaut wurde.<sup>36</sup>

Eine weitere Gruppe von Gegnern der Kriegskreditbewilligung kam mit 15 bis 20 Personen alle zwei Wochen als Lesergemeinschaft der von Julian Borchardt herausgegebenen linken Wochenzeitung „Lichtstrahlen“ zusammen. Bei diesen Treffen erhielten die Teilnehmer interne Informationen und debattierten über die politische Lage.<sup>37</sup> Diese Gruppierung tagte halboffiziell als „Berliner Arbeiterbildungsverein“, der schon im November 1914 von Borchardt und seinem Freund Karl Radek ins Leben gerufen worden war.<sup>38</sup> Daher meldete sich Borchardt mit dem Anspruch, die einzige Oppositionsgruppe in Berlin zu vertreten, als Delegierter der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ für die erste internationale Tagung der Kriegsgegner in Zimmerwald an. Das führte zu einer lebhaften Auseinandersetzung mit der „Gruppe Internationale“ um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.<sup>39</sup> Wie das Beispiel des gleichzeitig für den Luxemburg-Liebknecht-Kreis aktiven Jacob Walcher zeigt, waren Mitglieder der Lichtstrahlen-Gruppierung aber keineswegs auf den Borchardt-Zirkel festgelegt, sondern hielten Kontakt auch zu Personen aus anderen Oppositionsgruppen.<sup>40</sup>

Eine weitere Antikriegsbewegung entwickelte sich aus der sozialdemokratischen Arbeiterjugend heraus. Im September 1914 weigerten sich die Berliner Jugendfunktionäre, die Zeitung „Arbeiterjugend“ zu verteilen, weil ihnen der Gedenkartikel für den als Kriegsfreiwilliger gefallenen Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank zu heroisch ausgefallen war. Im Laufe des Jahres 1915 kam es unter der Leitung von Neuköllner Jugendfunktionären zu gesonderten informellen Zusammenkünften der Gegner der Kriegskreditbewilligung, die sich zu einem Treffpunkt der Berliner

---

36 Siehe Franz Mehring an einen unbekanntenen Hamburger Genossen, 19.9.1915, BAArch, NY 4043/8, Bl. 144f.; Käte an Hermann Duncker, 5.12.1915 bzw. 12.1.1916, BAArch, NY 4445/132, Bl. 224, bzw. NY 4445/133, Bl. 43; Franz Mehring bzw. Karl Liebknecht an Josef Herzfeld, jeweils 19.2.1916, in: Dokumente und Materialien, S.312-314.

37 Jacob Walcher: Erinnerungsbericht, S. 8, Bezirksparteiarchiv der SED Berlin, V5 / 011, (jetzt im LAB).

38 Polizeibericht vom 30.4.1915, in: Dokumente aus geheimen Archiven, S.58 (Zitat); Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung, Nr. 8, vom 11.11.1914, LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15830, Bl. 9.

39 Siehe Heinz Wohlgenuth: Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Überblick, 2. Aufl., Berlin [Ost] 1978, S.118.

40 Walcher, Erinnerungsbericht, S.7, 10.

Basis der „Gruppe Internationale“, später Spartakusgruppe genannt, entwickelten. Gleichzeitig wurde hierdurch der Anstoß zur Gründung einer selbstständigen linken Arbeiterjugendorganisation gegeben.<sup>41</sup> Die Mitglieder dieser oppositionellen Arbeiterjugend stellten als Verteiler der illegalen linken Flugschriften sowie als Agitatoren auf den Parteiversammlungen einen wichtigen Faktor in der Antikriegsbewegung dar.

Unbeirrt von den von Kriegs- und Ernährungslage abhängigen wechselnden Stimmungen setzten die Linken ihre Bemühungen um eine Abkehr von der Burgfriedenspolitik fort und konnten in einer ganzen Reihe von Mitgliederversammlungen die Mehrheit für ihre Position gewinnen wie auf zwei Versammlungen in Berlin-Neukölln Ende Januar 1915.<sup>42</sup> Diese Erfolge der Linken spiegelten sich auch in einem Brief Luxemburgs von Anfang Februar 1915 wider, die nach einer Mitgliederversammlung in Berlin-Charlottenburg mit linker Mehrheit<sup>43</sup> sich ziemlich optimistisch äußerte: „Die Stimmung ist mit jedem Tag günstiger.“<sup>44</sup>

Auch die Politische Polizei stellte in einem Bericht vom 4. März 1915 fest, dass all diese Aktivitäten der Linken durchaus Wirkung erzielten: „In allen Mitgliederversammlungen und Zusammenkünften der Sozialdemokratie wird immer mehr dem Friedenswunsche Ausdruck gegeben. Auch die Fraktion wird bei der nächsten Plenarsitzung des Reichstages am 10. März d. J. eine dahin gehende Erklärung abgeben.“<sup>45</sup> In einem weiteren Polizeibericht vom 16. April 1915 ist von der Bildung von „Friedensgruppen“ (radikale Genossen)<sup>46</sup> in den sozialdemokratischen Berliner Ortsvereinen die Rede.<sup>46</sup>

Das als Unterschriftenflugblatt von Liebknecht und weiteren Abgeordneten und Funktionären initiierte und konzipierte öffentliche Protestschreiben an den Vorstand der Partei und der Reichstagsfraktion vom 9. Juni 1915 gegen die Burgfriedenspolitik konnte sich also auf eine breite

---

41 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15981, Bl. 288; BArch, R 30.03, C 87/17, Bd. 1, Bl. 47f., 55-57, Bd. 2, Bl. 38-40; Käte an Hermann Duncker, 22.3.1915, BArch, NY 4445/133, Bl. 231. Siehe auch Ottokar Luban: Die Auswirkungen der Jenaer Jugendkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zur Führung der Spartakusgruppe, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XI, 1971, S.187-189; Ders.: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919, Leipzig 2008, S.59f., 175f.

42 Siehe Kriegstagebuch Eduard David, S.98f.

43 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15381, Bl. 193-195, 205.

44 GB 5, S.42.

45 Dokumente aus geheimen Archiven, S.47.

46 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15810, Bl. 113.

Antikriegsstimmung in der Berliner Mitgliedschaft und deren Verlangen nach einem aktiven Vorgehen in der Friedenspolitik stützen. Das zeigte sich auch daran, dass von den knapp 1.000 Unterschriften, die veröffentlicht wurden, 248 aus dem Berliner Raum kam. Auch zwölf linke Reichstagsabgeordnete unterzeichneten den Protest. Liebknecht hatte den Text zusammen mit führenden linken Genossen aus Berlin verfasst und an fast alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre im Lande mit der Bitte um Zustimmung geschickt. Nach einer ausführlichen Begründung wurde gefordert, „daß Fraktion und Parteivorstand [...] den Burgfrieden aufsagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen.“ Die kurzfristige Terminsetzung ließ wahrscheinlich die Zahl der Unterschriften geringer ausfallen als bei einem späteren Rücksendezeitpunkt. Die Unterschriften wurden an Parteivorstand und Reichstagsfraktion weitergeleitet. Vor allem wurde die Petition mit den Namen der Unterzeichner als Flugblatt weit verbreitet.<sup>47</sup> Diese Aktion gab offenbar den Anstoß dazu, dass der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase, der Parteitheoretiker Karl Kautsky und der Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein in einer relativ zurückhaltend formulierten gemeinsamen Stellungnahme an die Parteiführung und die Fraktion ebenfalls zur Änderung der Burgfriedenspolitik aufforderten. Wurde das Unterschriftenflugblatt formal als parteiinternes Anliegen ausgegeben, so zielte der Aufruf von Haase, Kautsky und Bernstein durch den Abdruck unter der Überschrift „Das Gebot der Stunde“ in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 19. Juni 1915 von vornherein auf eine breite Öffentlichkeitswirkung.<sup>48</sup>

Mit diesen beiden Protestaktionen gegen die Burgfriedenspolitik wurden die Argumente der Gegner der Kriegskreditbewilligung zum ersten Mal einer breiten Parteiöffentlichkeit bekannt gemacht. In der Groß-Berliner Parteiorganisation hätte es höchstwahrscheinlich schon Mitte 1915 eine linke Mehrheit gegeben. Doch da innerparteiliche Wahlen wegen des Krieges aufgeschoben wurden, kam es erst am 25. Juni 1916 auf der Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung zur Neuwahl der zentralen Parteigremien der Reichshauptstadt, bei

---

47 Siehe Karl Liebknecht: *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. IX: Mai 1916 bis 15. Januar 1919, Berlin [Ost] 1968, S.283f.; *Protestschreiben mit Unterschriften*, in: *Dokumente und Materialien*, S.169-185, Zitat: S.173; *Begleitbrief*, in: ebenda, S.186.

48 Siehe Miller, *Burgfrieden*, S.109f.; *Wortlaut der Stellungnahme*, abgedr. in: Eugen Prager: *Das Gebot der Stunde. Geschichte der USPD*, mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim, 4. annotierte Aufl., Berlin-Bonn 1980, S.68-70.

---

denen die Linken eine überwältigende Mehrheit errangen.<sup>49</sup> Trotz Zensur und staatlicher Repressionen hatten in der Groß-Berliner SPD-Organisation die Gegner der Kriegskreditbewilligung eine eindeutige Mehrheit in der Mitgliedschaft gewonnen.

---

49 Siehe Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1917, Berlin [Ost] 1987, S.603f.